



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/AVI/120 - 31. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 0 896 690

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Gesundheitsfürsorge</u> Die Mahnung der Ärzte	51
2 - 3	<u>De Gaulle zwischen Kennedy und Chruschtschow</u> Das schwierige Gespräch in Paris Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	50
3	<u>Er soll nicht mehr reden</u> CDU-Bedenken über Adenauers Störfeuer	26
4	<u>Mickmann und die Buchhändler</u> Ein bemerkenswerter Vorfall in den Berliner Hilton-Kolonaden	38
5 - 7	<u>Opium, der Soldaten des Todes</u> Die Vereinten Nationen beraten eine "Single Convention" Von Erwin Erasmus Koch	136

* * *

Gesundheitsfürsorge

"Dass irgend etwas nicht stimmt, geht auf jeden Fall daraus hervor, dass nunmehr bereits 55 Prozent aller Arbeitnehmer vor Erreichung des 65. Lebensjahres invalidiert werden müssen".

sp - Diese alarmierende Feststellung wurde auf der dreizehnten Deutschen Arzttagung für medizinisch-theologische Gemeinschaftsarbeit, zu der das Präsidium Katholischer Ärzteverband Deutschlands nach Mülheim (Ruhr) eingeladen hatte, getroffen. Diese Tagung befasste sich mit den Wandlungen der Krankheitsbilder, bei denen vor allem die Veränderung der Arbeitsbedingungen im letzten Jahrzehnt eine wichtige Rolle spielt. Die Kräfte der Arbeitnehmer werden im modernen, vielfach automatisierten, eintönig gewordenen Arbeitsprozess überbeansprucht; Ermüdungserscheinungen sind die unausbleiblichen Folgen. Auch die geistig-nervlichen Belastungen nehmen zu. Der Arbeitnehmer, der ein Fließband oder einen Automaten bedient, ist nicht mehr Herr der Maschine, sondern ihr Sklave. Er wird frühzeitig dabei verbraucht. Insgesamt mussten Ende 1960 an 1 594 000 Personen Renten wegen vorzeitiger Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit gezahlt werden. Das macht, nach Berechnungen von Fachleuten, einen Betrag von vier Milliarden DM aus.

Im sozialdemokratischen Regierungsprogramm heisst es unter anderem:

"Der Staat muss der Gesundheit seiner Bürger dienen. In der modernen Gesellschaft ist der Mensch nicht nur durch Krankheit, sondern auch durch frühzeitigen Verbrauch seiner Kräfte gefährdet ... Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, sich mindestens einmal im Jahr kostenlos untersuchen zu lassen ... Die neue Bundesregierung wird ein Gesetz vorlegen, das allen die berufliche Wiedereingliederung erleichtert, die durch Krankheit, Verkehrs- und Arbeitsunfälle Schaden gelitten haben".

Diese Forderungen sind orientiert an der sozialen und industriellen Wirklichkeit unserer modernen Industriegesellschaft. Ihr liegen die Untersuchungsergebnisse von Soziologen und Arbeitspsychologen zugrunde.

Die Kanzlerpartei hat darüber Hohn und Spott vergessen. Für sie ist die allgemeine vorbeugende Gesundheitsfürsorge ein absolut fremdes Gebiet. Gewiss hat die Rentenversicherung schon seit langen Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit getroffen. Sie bewegen sich jedoch in verhältnismässig kleinerem Rahmen und beruhen mehr oder weniger auf freiwilligen finanziell eng begrenzten Leistungen. Die Gesundheitsfürsorge darf jedoch nicht unter ausschliesslich finanziellen Gesichtspunkten gesehen werden. Sie ist eine gesundheitspolitische, gesellschaftspolitische und menschenliche Aufgabe grossen Ausmasses, die zur Lösung weitaus grössere Anstrengungen und auch eine andere Einstellung als bisher erfordert. Von der Bundesregierung ist auf diesem Gebiet noch kein belebender Impuls ausgegangen, sie schiebt diese Aufgabe auf die einzelnen Träger der Sozialversicherung. Ihr fehlt die grosse, das Ganze im Auge behaltende gesundheitspolitische Konzeption. Welche Schäden durch das Ausbleiben einer umfassender Gesundheitsfürsorge an unserem Volkskörper angerichtet werden - und es sind dies Schäden nicht nur materieller Art - kann man auf den Tagungen der Ärzte und Arbeitspsychologen erfahren. Die Warnrufe erreichen allerdings nicht das Ohr der Bundesregierung. + + + - 2 -

De Gaulle zwischen Kennedy und Chruschtschow

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Besuch des amerikanischen Staatspräsidenten in der französischen Hauptstadt war ursprünglich nicht vorgesehen. Er erfolgte jetzt als Vorstufe aber auch als Bremsklotz vor dem aussergewöhnlichen Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien. Nach aussen hin feiert man in Paris die französisch-amerikanische Freundschaft, das westliche Bündnis der atlantischen Gemeinschaft. Der Palmenvald und die Truppenparaden täuschen aber nicht über die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten hinweg, die zwischen General de Gaulle und Präsident Kennedy bestehen und die in achtstündiger Diskussion nicht bereinigt werden können.

Die Differenzen zwischen Washington und Paris sind nicht neu und bestanden schon zu den Zeiten Roosevelts und Eisenhowers; sie haben sich seit de Gaulles Rückkehr zur Staatsmacht zugespitzt. Sie erhalten in dem erstmaligen Treffen zwischen dem jungen Präsidenten der USA und dem bejahrten Staatsoberhaupt der Fünften Republik gravierende Bedeutung.

In drei Punkten bestehen nach wie vor ernste Meinungsverschiedenheiten.

1. de Gaulles Forderung nach einem amerikanisch-britisch-französischen Dreierdirektorium im Atlantikpakt wurde seit September 1958 nicht wiederholt aber auch nicht zurückgezogen. Washington und London lehnten dies Ansinnen bis jetzt ab.

2. de Gaulle bekennt sich zum Atlantikpakt, lehnt aber weitere militärische Integrationsmassnahmen ab, insbesondere die Errichtung von Abschussrampen und Lagerung von Atombomben in Frankreich, so lange Amerika nicht sein Atomgeheimnis den Franzosen mitteilt. Die französischen Atomexplosionen sollen dieser Forderung Nachdruck verleihen.

3. de Gaulle unterzieht die Organisation der Vereinten Nationen einer beissenden Kritik und weigerte sich, den französischen Beitrag zur Kongo-Operation zu leisten, ohne Geste, die Amerikas öffentliche Meinung überraschte und schockierte.

Hinter diesen Differenzen steht de Gaulles besondere Auffassung von Europa, des Dreierblocks, als "Laufbrücke" oder "Puffer" zwischen den Grossen.

In Moskau betrachtet man besonders die Aussenpolitik de Gaulles seit Jahren mit Interesse und hoffte auf eine Auflockerung des Atlantikpaktcs, auf eine Aufweichung der Fronten durch Frankreichs Extratouren. In der historischen Stunde des Treffens zwischen Chruschtschow und Kennedy zeigt de Gaulle sich aber als entschiedener Gegner von Konzessionen; in diesem Sinne versucht er im Zusammenhange mit Adenauer auf die Wiener Besprechung Einfluss zu nehmen.

Das Europa, in dessen Namen Frankreich zu sprechen versucht, ist aber faktisch nur ein frommer Wunsch. Es ist kein Zufall, daß die Gipfelkonferenz der Vier, auf die man seit Jahren grosse Hoffnungen setzte, nicht zustande kam und dass sich die Präsidenten der beiden Supermächte jetzt allein treffen, unter Ausschluss der anderen. Es ist auch kein Zufall, daß Präsident Kennedy vor diesem Treffen nur nach Paris kommt, aber weder vorher noch nachher in Bonn halbt. Das ist einfach der Ausdruck für das tatsächliche Kräfteverhältnis in der Welt. De Gaulles Persönlichkeit ist gewisse nicht zu unterschätzen. Das Schicksal der Welt aber liegt in den Händen der beiden Grossmächte, in der Begegnung von Wien.

+ + +

Er soll nicht mehr reden

sp - Wie zuverlässig aus CDU-Kreisen verlautet, sind mehrere massgebende Persönlichkeiten der Führungsgremien der Kanzlerpartei bemüht, Dr. Adenauer nehzuliegen, jetzt, im Augenblick der sehr schwierigen internationalen Gespräche des amerikanischen Präsidenten mit Staatspräsident de Gaulle und Ministerpräsident Chruschtschow keine Reden zu halten, die die Position der Bundesrepublik gefährden könnten. In diesen Kreisen wird darauf hingewiesen, dass keinerlei Anlass bestehe, die Zusicherungen Kennedys und de Gaulles zur Sicherung Berlins anzuzweifeln und dass aus diesem Grunde ein Drängen nach zusätzlichen Rüstungsvorhaben für die Bundeswehr und ähnliche Vorstösse deutschseits die Situation nur komplizieren würden. Zu den Persönlichkeiten, die dem Bundeskanzler beschwören, jetzt nicht zu verfahren, aussenpolitische Fragen in die deutsche Innenpolitik und besonders in den Wahlkampf hineinzutragen, gehören u.a. der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Kroms und der Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier. Es wird jedoch bezweifelt, dass Dr. Adenauer die ihm von seinen Freunden gegebenen Ratschläge akzeptiert. So ist u.a. bekanntgeworden, dass Dr. Adenauers Rede vor der "Jungen Union" in Hamburg - besonders aber die Passage, in der er die atomare Bewaffnung der Bundeswehr forderte - nur einem kleinen sehr vertrauten Kreis im Bundeskanzleramt bekannt gewesen sei. Bedenken, die zu Beginn dieser Woche dem Bundeskanzler von massgebenden Persönlichkeiten des auswärtigen Amtes vorgetragen wurden, sind von Dr. Adenauer mit einer Handbewegung quittiert worden. Unter diesen Umständen ist kaum damit zu rechnen, dass sich an "Stil" der Kanzlerinterventionen zur aussenpolitischen Situation etwas ändern wird.

- + +

- 4 -

Eichmann und die Buchhändler

Ein bemerkenswerter Vorfall in den Berliner Hilton-Kolonnaden

HGS- Manchmal spiegeln Vorfälle am Rande des Geschehens am besten seine Inhalte und Bewertungen. Daran wurde man dieser Tage in Berlin erinnert, als die offenbar Skepsis eines Buchhändlers zum Ausdruck kam, die das Bedürfnis zeitgeschichtlicher Information betrifft.

Zweifellos liegt über dem Erscheinen einer vielfältigen und teilweise auch reichhaltigen Eichmann-Literatur ein Schatten. Sie kam zu plötzlich an den Tag und vielleicht auch in zu stürmischer Staffelung. Zu einem grossen Teil war sie allerdings aus ausländischen Verlagen übernommen worden, so aus denen Englands, der USA und Israels. Es gab auch schon Prozesse und einstweilige Verfügungen, von denen die Veröffentlichung Wiesenthals betroffen wurde. Andererseits waren unter den Büchern solide Werke, die weit über den Eichmann-Prozess hinaus einen wichtigen Beitrag zur Zeitgeschichte liefern, wie das des amerikanischen Anklägers des Nürnberger Prozesses, Robert Kempner, und das des deutschen Historikers Albert Wucher.

Wenngleich eine gewisse Überfütterung mit dem Eichmann-Stoff in der Tagespresse, den Illustrierten, dem Fernsehen vielleicht verständlich ist, so ist andererseits zu fragen, ob die innere Auseinandersetzung breiter Kreise mit den in Jerusalem zutage getretenen Fakten auch stattgefunden hat.

Ein namhafter und führender Berliner Buchhändler scheint diese Frage ernstlich zu verneinen. Er wehrte sich in diesen Tagen in einem seiner Geschäfte, in der im Blickpunkt des westlichen Berlins stehenden Hilton-Kolonnade auf eine bezeichnende Art gegen seine Leser oder besser seine "Nichtleser". Inmitten einer Kollektion von Eichmann-Literatur, die im Schaufenster ausgestellt ist, fanden die Betrachter ein auffallendes Schild mit dem folgenden Text:

"Wiederholt hören wir Betrachter dieses Eichmann-Fensters etwa folgendes äussern: "Der will Geschäfte damit machen". Diejenigen, die ihr Missfallen in dieser Weise äussern, kann ich beruhigen. Es ist nämlich in diesem Laden bisher noch kein einziges Buch des Eichmann-Komplexes verkauft worden. Also kein Geschäft. Dagegen ist erwiesen, dass mit getarnter NS-Literatur Riesengeschäfte gemacht werden; wohlgemerkt nicht in diesem Geschäft".

Es ist missig, die Frage zu stellen, auf welche Weise dieser "Harun al Raschid" unter den Buchhändlern sein Ohr teleskopisch vor die Tür seines Ladens hängt. Wichtiger ist: auch das Lesebedürfnis geht seltsame Wege.

Opium, der Schatten des Todes

Die Vereinten Nationen beraten eine "Single Convention"

Von Erwin Erasmus Koch

Opium, das verheerende Nervengift, eines unter vielen Alkaloiden, "Tschandu" im Chinesischen genannt, hat unermessliches Leid über die Menschheit gebracht. Es hat ebenso unsagbare Schmerzen gelindert, schon seit Jahrtausenden. Seine berausende, zerstörende Wirkung und jene andere, die Leiden erträglicher machte. Die Völker des Ostens nannten es "den Schatten des Todes". Im Buch der Geschichte des Gifts wurde nunmehr wieder eine neue Seite aufgeschlagen. Ein Ausschuss der Vereinten Nationen arbeitete während der vergangenen zehn Jahre daran, alle bisherigen Konventionen in einem einzigen Abkommen, einer "Single Convention" zusammenzufassen. Ihr Abschluss bildet gegenwärtig ein Beratungsthema der Hauptversammlung der UNO. Unser Mitarbeiter schildert wesentliche Teile des Geschehens um das "Tschandu", aus denen die Opiumfrage entstand. - Die Redaktion.

Vier Jahrhunderte legaler Opiumhandel

Vor fünftausend Jahren ritzen bereits die Menschen im Kulturkreis Ägyptens die reifen Samenkapseln der Mohnpflanze an, der *papaver somniferum*. Sie schabten den herausquellenden weissen, milchigen Saft sorgfältig ab und trockneten ihn in der Sonne. Er verdickte zu einer bräunlich-schwarzen Masse und wurde zu Kugeln oder auch zu kleinen Broten gerollt. Man ass sie. Die Sinne umnebelten glückhafte Träume. Von Ägypten breitete sich der Anbau des Mohns über die Länder des Mittelmeers nach Persien und weiter ostwärts nach Assu aus, in jene Länder, die später Asien genannt wurden. Die Araber brachten die Droge wahrscheinlich weit vor der Zeitrechnung des Abendlandes nach China und Indien. Am 17. Mai 1498 landete Vasco da Gamas mit drei winzigen Schiffen vor einer indischen Bucht nördlich von Calicut an der Malabar-Küste. Kein Ereignis des Mittelalters hatte so weitgehende Auswirkungen wie diese Öffnung des Seewegs nach Indien. Die dreihundert Jahre währende Epoche der Unterjochung Asiens begann, die man lange, ohne vor Scham zu erröten, Kolonisation nannte. Die Konquistadoren des Westens machten zunächst in Indien das Rauchen des Tabakkrauts bekannt, und bald wurde auch das Opium, häufig mit Arsen gemischt, geraucht. Die Journale der 1500 gegründeten East India Company der ehrenwerten Kaufmannschaft von London wiesen im weiteren Verlauf der Dreihundert Jahre eine Menge von zweihundert "chests" Opium aus, Kisten, die mit je 125 Pfund des Gifts gefüllt waren. Sie wurden nach China verschifft. 1658, im letzten Jahr des Bestehens der Company, waren es statt jener zweihundert "chests" genau 74 966 Kisten geworden. Aber 1809 brachten es die Handelsherren vorwiegend von britischer Nationalität zu einem absoluten Rekord. Das sterbende Reich der Mitte führte damals 84 375 Kisten Tschandu ein. Damals tagte in Shanghai die erste Opiumkonferenz, vom 1. Februar bis zum letzten Tag des Monats im Jahre 1809. Insgesamt

wurden, ehe 1918 der Opiumhandel auf legalen Wegen aufhörte, rund siebenhundert Millionen Pfund der Droge durch die "kolonisierenden" Mächte nach China eingeführt.

Erster Widerstand

1834 erlosch das Monopol der East India Company für den Handel mit China. Lord Palmerstone, der englische Prime-Minister, nahm die Geschäfte in die Hand, "im Auftrage der Krone". In dieser Zeit glied der gesamte Süden Chinas einer riesigen Opiumhöhle. Die Faktoreien der englischen Kaufleute um Canton und auf Whampao konnten nicht noch mehr Tschandu fassen. Sie waren bis zum Rand ihrer Dächer voll davon. Insgesamt war Opium im Werte von sechs Millionen Pfund Sterling in den Lagerhäusern aufgestapelt worden. Die jährlichen Netto-Einkünfte der East India Company, die war noch immer die eigentliche Herrin über Indien, betragen aus den weiterhin betriebenen Schmuggel-Exporten unterschiedlich jährlich sechs, sieben, acht und neun Millionen Pfund Sterling.

1837 bestanden die Einfuhren Chinas zu 53 Prozent aus indischem Opium; 22 Prozent nahmen die Baumwollausfuhren der Company ein. Ausserdem brachten die Portugiesen und Franzosen noch ihren Teil an der Droge im Reich der Mitte unter. Die Preise je Kiste schwankten zwischen 100 und 200 Pfund Sterling. Sie stiegen jedoch im Laufe der Jahrzehnte beträchtlich. Zuletzt, 1918, kosteten 145 Pfund Tschandu 5 280 Pfund Sterling.

Doch der Kaiser Tao-kung war keineswegs gewillt, der Ausbreitung der Tschandu-Seuche nur verzweifelt und ohne Abwehr zuzusehen. Er hatte selbst drei Söhne durch Opiumvergiftung verloren. Tao-kung ernannte einen Ausserordentlichen Bevollmächtigten, den Mandarin Lin-yü, der die Tschandu-Pest unter allen Umständen ausrotten sollte. Notfalls würde China nicht vor einer Vertreibung der Fremden mit der blanken Waffe zurückschrecken.

Die "Opiumkriege"

Lin traf 1839 in Canton ein. Er forderte von den Engländern die schriftliche Zusicherung, dass die englischen Kaufleute in Zukunft streng die Gesetze des Kaisers respektieren und mit der Droge keinen Handel - auf welche Weise immer - mehr treiben würden. Da die Engländer dies ablehnten, wurden der Hafen und die Faktoreien von Tartarenregimentern abgeriegelt. Die Lage sah für die Fremden äusserst bedrohlich aus. Die Chinesen sammelten die gesamte Tschandu-Konterbande ein, insgesamt 20 291 Kisten. Das Opium wurde mit Kalk vermergt und im Astuar des Forlstrons versenkt. Bald danach verliessen die Engländer Canton. Sie suchten zuerst in Macao Zuflucht und okkupierten dann Hongkong. Aus Indien kamen Schlachtschiffe in die China-See. So begann 1840 der Opiumkrieg.

England führte zwei, streng genommen sogar drei Unternehmungen gegen China durch. 1842 musste Tao-kung die erste Kapitulation in Hanking unterzeichnen lassen, fünf Häfen für die Fremden öffnen und 21 Millionen Dollar Kriegsentschädigung in Silber an die Briten zahlen. Vierzehn Jahre später führte die Aufbringung der "Iorcha

"Arrow", eines Schmuggelschiffs, das unter dem Union Jack fuhr, zum zweiten der Opiumkriege. 1858 erzwang der Friede von Tientsin die Legalisierung des Tschandu-Handels. Der Vertrag sollte in Peking ratifiziert werden. Aber die chinesische Regierung bog sich eines anderen, sie sperrte den Zugang zur Purpur-Stadt. Der Krieg brach von neuem aus. Ein englisch-französisches Geschwader schoss die Taku-Forts vor Tientsin zusammen, und damit wurden die chinesische Gegenwehr endgültig. Den Opium-Importen nach China waren Tür und Tor geöffnet. Hinter dem Gift strömten die anderen Waren des Westens ins Reich der Mitte. Die Mengen der eingeführten Kisten voll Tschandu stiegen und fielen von Jahr zu Jahr. Mal waren es 50 000, ein anderes Mal 60 000, wieder ein anderes Mal 70 000 oder 80 000 chests. Dazu wurde auch Hinterindien mit der Broge förmlich überschwemmt.

Die Geister, die ich rief..."

Aber auch im Westen gab es bald eine "Opium-Frage". Die Zahl der Süchtigen wuchs ständig. Schon die Konferenz des Jahres 1909 suchte eine internationale Kontrolle der Verwendung der Alkaloide des Opiums und des 1804 durch den deutschen Apotheker Serturner entdeckten Morphins einzurichten. 1912 kam dann das erste Internationale Vertragswerk, die Haager Konvention zustande. Sie schuf klare Begriffsbestimmungen für Rohopium, zubereitetes Opium, Morphin, Kokain und dergleichen mehr. Die Vertragsmächte verpflichteten sich, Massnahmen zur Verhinderung der missbräuchlichen Verwendung der Drogen zu ergreifen. Zwei weitere Konferenzen wurden notwendig. Dann konnte endlich die Konvention in Kraft treten. Der Völkerbund griff nochmals das Problem des Opiumrauchens, vor allen in Fernen Osten, auf. Wieder kam - und zwar in Genf - ein Internationales Abkommen (1925) zustande. Dabei wurde ein Ständiger Opiumzentralausschuss als internationale Behörde gebildet, der "permanent Central Opium Board". Er überwachte den zwischenstaatlichen Verkehr von Betäubungsmitteln dem als bedrohlich in den heraufziehenden Jahrzehnten schwerer sozialischer Belastungen, der Erision und Kriege, die Gesundheit der Völker der ganzen Erde. 1945 führten die Vereinten Nationen die Kontrolle der Verwendung der gefährlichen Alkaloide durch. Sie richteten damals ihre Rauschgiftkommission ein, die sich insbesondere auch der synthetisch hergestellten 47 Rauschgifte annahm.

Manmehr sollen alle getroffenen, häufig verwirrenden Vereinbarungen in einen einzigen Abkommen, der Single Convention, den "Schatten des Todes", den Genuss der Rauschgifte, von den Menschen aller Rassen fernhalten. Neunzig Staaten arbeiten daran mit. Sie vermochten dennoch nicht, die Schwarzen Märkte aufzuheben. Millionen und aber Millionen suchen noch immer in den Giften Zuflucht vor der Wüste ihrer Umwelt.

Verantwortlich: Günner Markscheffel